

Geschichte von Bosnien und Herzegowina: betont gegensätzlich oder betonte Gegensätze?

„The important question is not whether a society has conflicts ... but rather how conflicts are handled.“ (V. P. Gagnon)

David Roth, Historiker, arbeitet als Journalist und Berufsschullehrer in Zürich.

Bosnien und Herzegowina steht auf dem Gebiet Jugoslawiens für besonders komplizierte ethnische Verhältnisse. Nachdem die verschiedenen Volksgruppen lange Zeit mehr oder weniger friedlich miteinander gelebt hatten, entwickelten sich im 20. Jahrhundert Konflikte bis hin zum Krieg von 1992-1995. Der Autor zeichnet in markanten Strichen den Weg zu dieser Eskalation nach und beschreibt die aktuelle Lage.

Das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Konfessionen und Nationalitäten prägte Bosnien und Herzegowina seit der Zeit der osmanischen Herrschaft. Doch der Zerfall Jugoslawiens und der Bosnienkrieg haben neue Grenzen geschaffen. In der „Republika Srpska“ leben heute mehrheitlich Serben, in der „Föderation“ – der anderen Hälfte des Landes – vornehmlich Kroaten und Muslime. Der übergeordnete Bundesstaat Bosnien und Herzegowina wird durch die politischen Antagonismen dieser zwei unabhängigen Entitäten (Verwaltungseinheiten) gelähmt.

Herrschaft der Osmanen

Im Frühsommer 1463 eroberte Sultan Mehmet II. das Gebiet Bosniens, womit die 400-jährige Herrschaft des Osmanischen Reiches begann. Wirtschaftlich bedeutete die Ankunft der Osmanen zunächst einen Rückschlag, der christliche bosnische Adel wurde entmachtet und durch muslimische Herrscher ersetzt. Da für den Aufstieg in der Hierarchie der

osmanischen Gesellschaft das muslimische Glaubensbekenntnis Bedingung war und sich auch Steuervorteile daraus boten, konvertierten im Verlaufe der nächsten Jahrhunderte große Teile der bosnischen Bevölkerung zum Islam. Auch die Gründung neuer Städte – Sarajevo entstand 1457 als osmanische Garnisonsstadt – und die dort aufgebauten Schulen trugen zur Verbreitung des Islams bei. So war bis ins späte 19. Jahrhundert die Bevölkerung in den bosnisch-herzegowinischen Städten mehrheitlich muslimisch, auf dem Land hingegen hauptsächlich christlich.

Ein „und“, das nicht nur verbindet

Obwohl das Auswärtige Deutsche Amt und die Botschaft von Bosnien und Herzegowina bemüht sind, den Namen des Landes so zu schreiben, wie es 1878 im Berliner Kongress verfügt wurde, zeichnet sich in den letzten Jahren sowohl in den Medien als auch in wissenschaftlichen Abhandlungen eine andere Tendenz ab. Zum einen wird das „und“ häufig durch einen Bindestrich ersetzt, zum anderen wird der Name des Landes nur auf *Bosnien* reduziert, was besonders problematisch ist.

Durch die letztere Art der Namensgebung wird ein Viertel des Staatsterritoriums, das Herzegowina heißt, zwangsbosnianisiert. Was für die einen eine praktische Vereinfachung ist, nutzen die anderen, um eine politische Botschaft zu verbergen: Die Herzegowina ist nur ein Teil Bosniens und keine Region mit einer eigenen Wir-Identität. Auch die unnötige Vereinfachung konstruiert durch ihre ständige Wiederholung mit der Zeit dieses falsche Bild. So wird das *nomen* zum *omen*. Das Leugnen einer eigenen herzegowinischen mentalen Landschaft ist ein innenpolitisches Kapitel aus der neueren Geschichte des Staates Bosnien und Herzegowina und gehört zur Politik der Identitätsbildung der dominanteren, bosnischen Gruppe. So wird eine überaus gefährliche Praxis aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens wiederbelebt: die eigene nationale Ortsbenennung auf andere Gebiete zu übertragen. Der Fall der *Republika Srpska* verdeutlicht brisant, wie man Fakten schafft und *expressis verbis* eine Region als eigen determiniert. Was gestern nicht war, ist heute eine Tatsache. Man muss etwas, bewusst oder unbewusst, nur häufig genug wiederholen, damit es zur Wahrheit wird, denn *contra factum non est disputandum*!

Berislav Župarić

Während andere Balkanstaaten im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, blieb Bosnien und Herzegowina Teil des osmanischen Vielvölkerreiches. Beim Berliner Kongress wurde Österreich-Ungarn 1878 beauftragt, die osmanische Provinz zu besetzen und zu verwalten, um den wachsenden Einfluss des Russischen Reiches auf dem Balkan einzudämmen. Die Herrschaft der Habsburger ging mit

einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung des Landes einher, ohne jedoch so grundlegende Veränderungen wie etwa eine Bodenreform einzuleiten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erhielten sowohl sozialistische als auch nationalistische Gruppierungen starken Zulauf. Die Ermordung des habsburgischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip führte zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und löste letztlich den Ersten Weltkrieg aus.

Erst Königreich, dann Brüderlichkeit und Einheit

Aus der Asche der kaiserlich-königlichen Doppelmonarchie entstanden nach dem Ende des Kriegs viele neue Staaten. So wurde am 1. Dezember 1918 auch das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ als konstitutionelle Monarchie ausgerufen – Bosnien und Herzegowina wurde ein Teil davon. Der neue Staat war zu Beginn föderalistisch organisiert und jugoslawisch in dem Sinne, dass er sich als „Nationalstaat eines einzigen südslawischen Volkes“¹ verstand.

Das Gebiet Bosnien und Herzegowinas wurde von Kroaten, Serben und bosnischen Muslimen bewohnt. Während sich erstere beide Religionsgemeinschaften bereits im 19. Jahrhundert eine nationale Identität verschafft hatten, waren die bosnischen Muslime erst auf dem Weg, eine nationale Zugehörigkeit zu entwickeln. Zur Vertreterin der bosnischen Muslime und starken Anhängerin des Jugoslawismus entwickelte sich die „Jugoslawische Muslimische

Organisation“ (JMO). Der Einheitsgedanke machte es den Muslimen möglich, sich von den nationalen Bestrebungen der Kroaten und Serben abzugrenzen und

sich neben ihrem religiösen Bekenntnis mit dem neuen jugoslawischen Staat zu identifizieren. In der die Zwischenkriegszeit dominierenden politischen Auseinandersetzung über die Staatsstrukturen stellte sich die JMO folgerichtig auf die Seite der vorwiegend serbischen Zentralisten und gegen die kroatischen Föderalisten.

Die bosnischen Muslime identifizierten sich von Anfang an stark mit dem Gesamtstaat „Jugoslawien“.

1 Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 85.

Im April 1941 marschierten deutsche Truppen in Jugoslawien ein, besetzten Serbien und erklärten Kroatien zusammen mit Bosnien und Herzegowina für unabhängig. Während in Serbien die deutschen Besatzer ein Schreckensregime errichteten, begann die faschistische kroatische Führung unter Ante Pavelić mit der Verfolgung von Serben, Juden und Kommunisten. Die muslimischen Bosnier wurden zu „Kroaten islamischen Glaubens“ erklärt. Von Ostbosnien aus entfaltete sich rasch der kommunistische Widerstand unter Führung Titos gegen die Besatzer, parallel dazu der Kampf gegen die nationalistischen Kräfte der Serben und Kroaten. Am Ende des Krieges hatte das Land über eine halbe Million Opfer, ein Drittel der jugoslawischen Gesamtverluste, zu beklagen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt Bosnien und Herzegowina den Status einer Teilrepublik innerhalb der neuen „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“. Während die serbischen und kroatischen Mitbewohner als Staatsvolk galten, mussten sich die bosnischen Muslime bis 1968 auf die Anerkennung als „Nation“ gedulden. Bei den Volkszählungen lauteten die Kategorien zunächst „unentschiedene Muslime“, später „unentschiedene Jugoslawen“, dann „Muslime (ethnischer Zugehörigkeit)“; erst ab 1971 konnten sich Bosnier und Herzegowiner als „Muslime im Sinne einer Nation“² bezeichnen.

Die Zeit des jugoslawischen Sozialismus führte nicht nur zu einer Gleichstellung der Muslime im Staatsgebilde, sondern brachte auch große gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen mit sich. Das Bildungswesen wurde ausgebaut, die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter festgelegt. Die Industrialisierung des agrarisch geprägten Landes Bosnien und Herzegowina schritt voran, auch verdreifachte sich die Bevölkerung. Angesichts des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts war die nationale Frage offenbar bedeutungslos geworden, sodass man die sechziger Jahre als das „goldene Zeitalter“³ des bosnischen Sozialismus bezeichnen kann. Im folgenden Jahrzehnt machten sich allerdings erste Anzeichen einer Krise bemerkbar: Das wirtschaftliche Wachstum ging zurück, die Staatsverschuldung und die Arbeitslosenzahlen stiegen, Arbeitssuchende sahen

2 Holm Sundhaussen: Vom Mythos Region zum Staat wider Willen: Metamorphosen in Bosnien-Herzegowina. In: ders./ Philipp Ther (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003, S. 215–232, hier S. 227.

3 Calic (wie Anm. 1), S. 200.

sich zur Emigration nach Westeuropa genötigt. Die regionalen Gegensätze innerhalb Jugoslawiens nahmen zu, außerdem gewannen nationalistische Bewegungen an Bedeutung, so in Kroatien und Slowenien, zunehmend aber auch im Kosovo. Die Nationalitätenfrage konnte von der jugoslawischen Regierung zunächst durch Föderalisierung der Strukturen und Gewährung von mehr Autonomie beruhigt, aber nicht gelöst werden.

Unabhängigkeit und Krieg

Titos Tod im Mai 1980 hinterließ in Jugoslawien eine mentale Leere. Gleichzeitig befand sich die Wirtschaft in der schlimmsten Rezession seit Kriegsende. Um die Staatsschulden zu begleichen, wurden die Staatsausgaben gesenkt, damit aber der Konsum gedrosselt, was zu hoher Inflation führte: Das Realeinkommen halbierte sich von 1980 bis 1985 und die Inflation betrug jährliche 100 Prozent. Die Krise verschärfte nochmals die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Teilrepubliken – so trug Slowenien dreimal mehr zum gesamten Bruttoinlandsprodukt bei als Bosnien und Herzegowina. Das führte dazu, dass Slowenien und Kroatien die Abgaben in den nationalen Kohäsionsfonds verweigerten. Der neuen jugoslawischen Führung entglitten die Zügel: Die wirtschaftlichen Probleme wurden nicht angegangen, Rufe nach demokratischen Reformen zum Schweigen gebracht. In allen Republiken erhielten die Nationalisten Aufwind: Im Kosovo wurden die Studentenproteste 1981 niedergeschlagen und in Sarajevo der spätere Präsident Alija Izetbegović wegen Verbreitung von islamistischen Ideen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. 1987 siegte Slobodan Milošević bei den Wahlen zum Vorsitzenden der serbischen Kommunistischen Partei. Er begann sogleich, mehr Kompetenzen für die Bundesregierung zu fordern, worauf die anderen Zentralkomitees jegliche Beschneidung des föderalen Systems ablehnten und mit dem Ende des Bundesstaates drohten. Die Beziehungen zwischen den Teilrepubliken verschlechterten sich zusehends.

Nach der Wende im ehemaligen Ostblock ließ auch die jugoslawische Kommunistische Partei 1990 erstmals freie Wahlen zu. In Bosnien und Herzegowina gewannen die drei ethnisch-orientierten Parteien, die muslimische SDA unter Alija Izetbegović, die serbische SDS mit Radovan Karadžić und die kroatische HDZ-BiH, und bildeten nach den Wahlen eine Koalition. Im Oktober 1991 fasste das bosnische Parlament ge-

gen die Stimmen der SDS den Beschluss der Loslösung von Jugoslawien. Am 3. März 1992 wurde die unabhängige Republik Bosnien und Herzegowina ausgerufen, deren Anerkennung durch die Europäische Union (EU) und die USA am 6. bzw. 7. April 1992 erfolgte. Die bosnischen Serben riefen ihrerseits am 9. Januar 1992 die „Republika Srpska“ aus, einen von Bosnien und Herzegowina unabhängigen Staat. Im April 1992 begann dann der Krieg: Die übermächtige bosnisch-serbische Armee unter General Ratko Mladić, unterstützt von der jugoslawischen Volksarmee, griff die muslimisch und kroatisch besiedelten Gebiete an und eroberte innerhalb von drei Monaten zwei Drittel des Territoriums.⁴ Das Ziel war die Gründung eines ethnisch homogenen serbischen Staats, um sich später mit dem übriggebliebenen Jugoslawien zu vereinen – nach Aussagen der bosnisch-serbischen Führung eine „Gegenoffensive gegen die Zerstörer des alten Jugoslawiens“.

Der Bosnienkrieg dauerte bis im Sommer 1995. 44 Monate lang wurde Sarajevo von bosnischen Serben belagert und beschossen, über zwei Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes Opfer der ethnischen Säuberungen – rund 100.000 Menschen starben. Der Krieg wurde nicht nur auf dem Schlachtfeld geführt, auch die Medien unterstützten willig die nationalistische Hetze, Intellektuelle und Künstler gaben der Gewalt ideologischen Rückhalt. Erst das Massaker an 8.000 muslimischen Jungen und Männern in der UNO-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 und die Gefangennahme von Hunderten von UNPROFOR-Soldaten⁵ bewog die internationale Gemeinschaft zu einem militärisch wirksamen Vorgehen gegen die bosnisch-serbischen Milizen und paramilitärischen Einheiten. Am 14. Dezember 1995 wurde schließlich in Dayton ein Friedensabkommen unterzeichnet: Bosnien und Herzegowina verblieb ein selbstständiger Staat mit zwei ethnisch getrennten und politisch weitgehend unabhängigen Entitäten, der „muslimisch-kroatischen Föderation“ und der „Republika Srpska“.

4 Vgl. zum Folgenden ausführlich den von Dunja Melčić herausgegebenen Sammelband: Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2., aktual. Aufl. Wiesbaden 2007.

5 Abkürzung für „United Nations Protection Force“, internationale Schutztruppe zur Überwachung von Waffenstillständen und Versorgung der Zivilbevölkerung im bosnisch-serbisch Kriegsgebiet (Anm. d. Redaktion).

Dayton bis heute: Politische und wirtschaftliche Agonie

Die Verfassung von Dayton sollte den Bestrebungen der bosnischen Serben nach einer ethnischen Aufteilung von Bosnien und Herzegowina entgegenwirken. Dennoch wurde alsbald der Vorwurf laut, das Abkommen diene nicht in erster Linie der „Wiederherstellung der Gerechtigkeit“, sondern beende bestenfalls die militärischen Auseinandersetzungen, „zementiere aber die Ergebnisse der ethnischen Säuberungen“⁶. Die

Bis heute wirken die „ethnischen Säuberungen“ nach.

Republika Srpska erhielt mit knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung fast die Hälfte der Staatsfläche zugesprochen, während die restlichen 51

Prozent der muslimisch-kroatischen Föderation unterstellt wurden. Viele Gebiete waren im Krieg von der muslimischen Bevölkerung „gesäubert“ worden und wurden nun der Republika Srpska zugeschlagen, so z. B. auch die Region um Srebrenica. Von den insgesamt über zwei Millionen Vertriebenen ist bisher nur die Hälfte zurückgekehrt; ein Drittel davon in Gebiete, die nicht von ihrer Volksgruppe verwaltet werden. Anstatt der früheren Durchmischung leben heute viele Bosnier in ethnisch reinen Gebieten.

Die Einwände der Kroaten und muslimischen Bosnier über die ungerechte Verteilung wurden mit dem Verweis auf die übergeordnete Position des Gesamtstaates zum Verstummen gebracht. Neuere Untersuchungen des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina kommen zum Schluss, dass das Land „noch weit von einer konsolidierten Friedensordnung entfernt ist“⁷.

Nicht nur die Aufteilung der Entitäten wurde (und wird) kritisiert, sondern auch die Machtfülle des Hohen Repräsentanten. Das ebenfalls in Dayton geschaffene Amt sollte als übergeordnete Instanz den innerstaatlichen Demokratisierungsprozess überwachen. Der Hohe Repräsentant ist aber auch befugt, Entscheidungen der bosnischen Regierung umzustürzen und gewählte Regierungsvertreter zu entlassen. Das gibt dem selbstständigen Staat Bosnien und Herzegowina den Anstrich eines „Halbprotektorats“.

6 Vgl. Jugoslawien-Krieg (wie Anm. 4), S. 443 (Zitat von Mark Almond). Zur Orientierung vgl. auch die Kartenskizze in diesem Heft auf S. 260.

7 René Toth: Zwischen Konflikt und Kooperation: 15 Jahre Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina. Wiesbaden 2011, S. 213; bei Toth auch Hinweise zur Entwicklung der Wirtschaft.

Es ist nicht verwunderlich, dass in einem Land mit so unsicheren politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen kaum die nötigen Auslandsinvestitionen getätigt werden. Während des Krieges ist die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien und Herzegowina, das bereits in den achtziger Jahren eine starke Rezession erlebte, gänzlich zusammengebrochen. 1995 erbrachte das Land noch knapp 10 Prozent seiner Vorkriegsleistungen – während des Kriegs hatten nur der informelle Sektor, Kriminalität und Korruption, geblüht. Der Wiederaufbau stockt bis heute. 3,7 Milliarden US-Dollar an ausländischen Hilfgeldern flossen überwiegend in die Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Infrastruktur. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 42 Prozent. Bis heute ist das wirtschaftliche Leben in Bosnien und Herzegowina durch Korruption und undurchsichtige Auftragsvergaben geprägt.

In den letzten Jahren meldet sich immer stärker die Zivilgesellschaft zu Wort.

Bisher konnte die EU die bosnischen Politiker mit einem Aufnahmeprozess locken und auf Demokratiekurs bringen. Doch ob sich die Menschen in Bosnien und Herzegowina mit immer neuen Versprechungen an der Leine halten lassen, ist fraglich. 2009 gab der Hohe Repräsentant Valentin Inzko zu, dass sich die Hoffnung auf stärkere konsensorientierte Zusammenarbeit der nationalen Parteien zerschlagen habe. Dennoch können auch Fortschritte verzeichnet werden. So meldet sich in Bosnien und Herzegowina langsam wieder die Zivilgesellschaft zu Wort, nachdem der Krieg sie für Jahre hat verstummen lassen.

Eine Veränderung der Grenzen und einen selbstständigen bosnisch-serbischen Staat wird die internationale Gemeinschaft nicht zulassen. Sie käme einer Kapitulation vor den nationalistischen Bestrebungen gleich, würde die damalige Kriegspolitik legitimieren und könnte zum erneuten Ausbruch eines militärischen Konflikts führen. Somit wird in Zukunft kein Weg an einer Politik der Kooperation vorbeiführen. Doch dafür müssten die Politiker Bosnien und Herzegowina als ihren Staat begreifen und die Konflikte nicht mehr ausschließlich aus nationalistischer Warte beurteilen.